



Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden & Entwicklung

Wann: 19. / 20. Februar 2011

Wo: ver.di – Höfe
Goseriede 10
30159 Hannover

Träger: Bundesausschuss Friedensratschlag
Kooperation für den Frieden
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

**Mit
Unterstützung
von:** Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK
Stiftung Friedensbewegung
Humanistische Union vereinigt mit Gustav-Heinemann-Initiative

„Stoppt den Krieg in Afghanistan-Perspektiven für Frieden und Entwicklung“...

... so lautet das Motto einer eher ungewöhnlichen Konferenz zur deutschen Afghanistanpolitik. Personen und Organisationen aus der Friedensbewegung und dem Entwicklungspolitischen Zusammenschluss VENRO haben den Dialog der beiden unterschiedlichen Perspektiven gestartet. Das Unbehagen an der Lage in Afghanistan und das Bestreben mit den je eigenen Kompetenzen zu einer Verbesserung beizutragen, motiviert diese Gruppen zur Zusammenarbeit. Dem unkoordinierten Nebeneinander der offiziellen Politik stellen sie Dialog und konkrete Schritte der Zusammenarbeit entgegen. Auf der Konferenz in Hannover wollen sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten für eine friedliche Lösung in Afghanistan kontrovers diskutieren.

Danach sind Kooperationen und gemeinsame Aktionen auf der Basis der Gemeinsamkeiten geplant.

Veranstalter der Konferenz sind der „Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.“ - VENRO, die fünfzig in der „Kooperation für den Frieden“ zusammengeschlossenen Gruppen und Initiativen sowie der „Bundesausschuss Friedensratschlag“, der vor allem Basisinitiativen der Friedensbewegung vertritt.

In einem Diskussionspapier zur Konferenz wird „Vorrang für zivil“ und als ersten Schritt das Ende aller Kampfhandlungen gefordert, um einen Dialog über eine umfassende Friedenslösung einzuleiten, die den Abzug der internationalen Truppen beinhaltet. Zivile selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan sollen demnach unterstützt werden. Eine militärisch zivile Zusammenarbeit wird abgelehnt und eine nachhaltige Friedenspolitik wird angemahnt. Die Ursachen von Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung müssten beseitigt werden, um die existenziellen Bedürfnisse der Menschen zu sichern. Entwicklung gelingt nicht durch das Überstülpen fremder westlicher Lebens- Kultur- und Wirtschaftsweisen auf andere Länder.

Nach einer Analyse der Lage in Afghanistan aus Entwicklungspolitischer und Friedenspolitischer Perspektive geht es bei der Arbeitskonferenz um Wege zur Beendigung des Krieges, um Knackpunkte einer zivilen Afghanistanpolitik und das Herausarbeiten gemeinsamer Positionen und Empfehlungen.

Die Träger erwarten von der Konferenz eine Intensivierung ihrer Informationstätigkeit über die Probleme des Krieges in Afghanistan und damit Beiträge zu dessen baldiger Beendigung.

Programm

Samstag, 19. Februar 2011

11.00 – 13.00 Uhr

A – Auftakt - Afghanistan aus verschiedenen Perspektiven

Einführung: Analyse der Lage in Afghanistan aus entwicklungs-politischer und friedens-politischer Sicht

Redner: Thomas Gebauer (medico international)

Podiumsdiskussion:

- Renke Brahms (Beauftragter des Rates der EKD für Friedensarbeit)
- Reiner Braun (IALANA / Kooperation für den Frieden)
- Ute Finckh (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung)
- Monika Hauser (medica mondiale / VENRO)

14.30 – 18:00 Uhr

B – Den Krieg in Afghanistan beenden!

14:30 – 15:15 Uhr

Vernetzte Sicherheit: Vortrag mit anschließender Kommentierung aus Entwicklungszusammenarbeit und Friedensbewegung

Vortrag:

Jochen Hippler (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg)

Kommentierung:

- Robert Lindner (VENRO)
- Matthias Jochheim (IPPNW)

15:20 – 16:00 Uhr

Militärische Intervention zum Schutz von Menschenrechten: Streitgespräch

Mit:

- Werner Ruf (Bundesausschuss Friedensratschlag / Rosa-Luxemburg-Stiftung)
- Herbert Wulf (Zeitschrift Wissenschaft und Frieden)

16:00 – 16:30 Uhr

Pause

16:30 – 18:00 Uhr

Legitimation ziviler Auslandseinsätze: Podiumsdiskussion

Mit:

- Erhard Crome (Bundesausschuss Friedensratschlag)
- Otto Jäckel (IALANA)
- Jürgen Lieser (VENRO)

Moderation:

- Werner Koep-Kerstin (HU/GHI)
- Monty Schädel (DFG-VK)

19:30 – 21:00 Uhr

C – Wie wird in Deutschland mit Afghanistan Politik gemacht?

Talkrunde mit Politik und Medien

Mit:

- Andrea Böhm (Die Zeit)
- Stephan Hebel (Frankfurter Rundschau)
- Thomas Ruttig (Afghanistan Analysts Network)

Moderation: Reiner Braun

Im Anschluss: Zeit für Gespräche und Getränke

Sonntag, 20. Februar 2011

Knackpunkte einer zivilen Afghanistanpolitik aus Sicht der Entwicklungsarbeit und der Friedensbewegung

Dieser abschließende Vormittag dient der Verständigung untereinander mit Blick auf künftige strategische Kooperationen.

9:30 Uhr

Einführung in den Tag

- Christine Hoffmann (pax christi)
- Thomas Gebauer

9:45 Uhr

Arbeitsgruppen zu drei zentralen Themen.

Die AG's werden durch zwei inhaltliche Inputs aus dem jeweiligen Blickwinkel von Entwicklungsarbeit (EZ) und Friedensbewegung (FB) eingeleitet. Jede AG wird moderiert und eine Berichterstatter/in beobachtet und trägt später im Plenum die Ergebnisse vor. **Die AG's werden doppelt angeboten.**

Auftrag an die AG's

Die Inputs werden diskutiert mit den Zielen:

- Gemeinsame Positionen
- Gemeinsame Empfehlungen
- Weiter zu diskutierende Knackpunkte
- Mögliche strategische Kooperationen

9:45 – 11:15 Uhr

Arbeitsgruppen

AG 1 und 2:

Frauenrechte, Justizreform und Gerechtigkeit

Wider die Straflosigkeit und die Instrumentalisierung von Frauenrechten und politische Kultur und Strategien / Demokratie

- Bele Grau (medica mondiale)
- Jessica Mosbahi (medica mondiale)
- Christine Hoffmann
- Ute Finckh (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung)

AG 3 und 4:

Verhandeln mit allen Konfliktparteien

Regionale Waffenstillstände und zivilgesellschaftliche Partner/innen aus und in Afghanistan

- Cornelia Brinkmann (ZFD)
- Thomas Ruttig
- Otmar Steinbicker (Kooperation für den Frieden)
- Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

AG 5 und 6:

Armut überwinden und ökonomischer Aufbau

Alternativen zur Drogenwirtschaft – wirtschaftlicher Aufbau von Afghanistan

- Timo Christians (Welthungerhilfe, angefragt)
- Hermann Rupp (Miseror)
- Helmut Asche (Forum internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung, Universität Leipzig, angefragt)
- Uwe Wötzl (ver.di Bundesverwaltung)

11:15 – 11:30 Uhr

Pause

11:30 – 13:00 Uhr

Zukünftige Kooperationen (Plenum)

Berichte aus den Arbeitsgruppen und Diskussion

13:00 – 13:15 Uhr

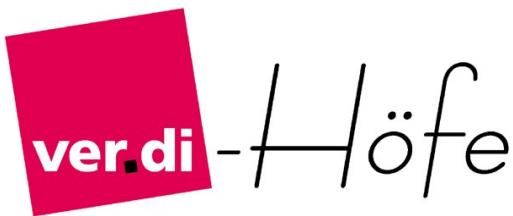
Redner:

Schluss

Bodo von Borries (VENRO)

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort:



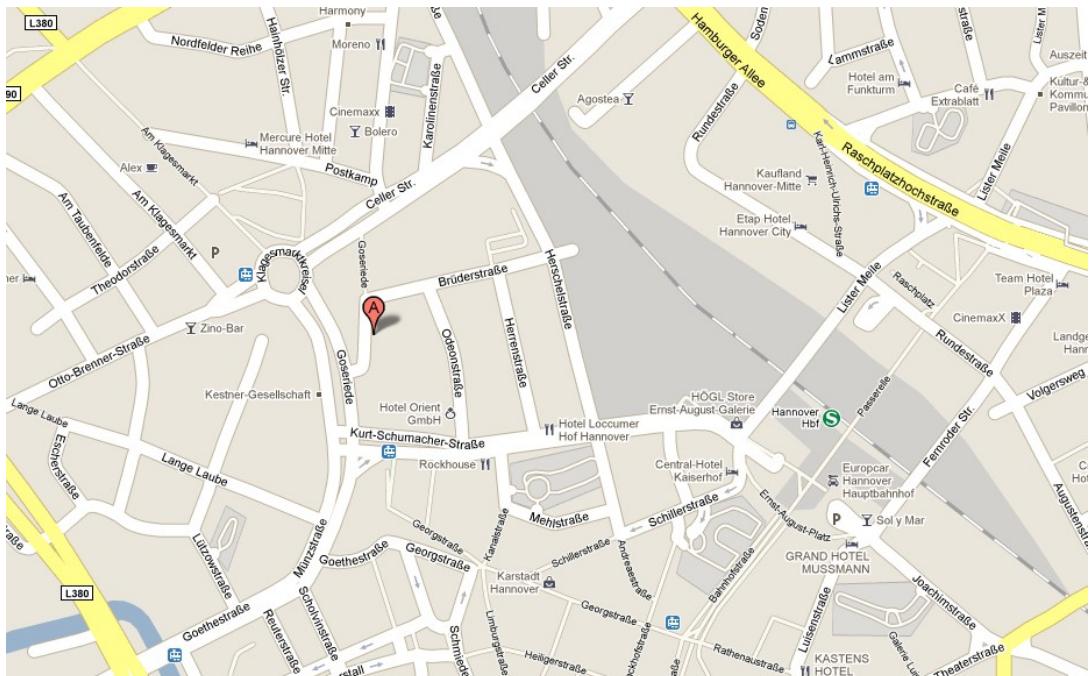
Veranstaltungs- und Tagungsbereich
ROTATION
Goseriede 10
30159 Hannover

Tel.: 0511 – 12 400 509
www.verdihoefe.de

U Station Steintor

H Station Steintor, Linien 134, 310, 320, 700, 500

B Linie 10



Ansprechpartner

Reiner Braun / Lucas Wirl

IALANA
Schützenstr 6a
10117 Berlin.

Tel.: +49 30 212 340 56
Fax: +49 30 212 340 57
Email: info@ialana.de

Bitte organisiert Eure Übernachtung selbst! **Hotelunterkünfte** in Hannover unter:
www.hannover.de/de/tourismus/Hotels_Unterkunft/

Unkostenbeitrag: EUR 20,- / ermäßigt 5,-

Bitte mit dem Stichwort: „**VENRO FB**“ auf folgendes Konto überweisen:

IALANA
Konto-Nr.: 1000 668 083
BLZ: 533 500 00

Für ökologische **Verpflegung** vor Ort wird gesorgt.

Anmeldung bitte per Email an: kongress@ialana.de, **Stichwort: VENRO FB.**

Diskussionspapier: Perspektiven für Frieden und Entwicklung in Afghanistan

Vereinbart im März 2010

Wir, Organisationen aus der Entwicklungspolitik, der Friedensbewegung, den Kirchen und den Gewerkschaften, haben mit Blick auf den Krieg in Afghanistan einen intensiven Dialog begonnen. Dabei wurde deutlich, dass uns vieles eint. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Politische Probleme verlangen nach politischen Antworten.

Unter dem Motto: „Vorrang für zivil“ fordern wir ein Ende des Krieges in Afghanistan und ein deutliches Zeichen für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung. „Vorrang für zivil“ bedeutet einen strukturellen, personellen und finanziellen Vorrang ziviler Instrumente und Akteure. Ein neues Mandat der Vereinten Nationen ist notwendig, das gleichermaßen zur Reduzierung von Gewalt, Ungerechtigkeit und Not beiträgt und dadurch die universellen Menschenrechte zu sichern vermag. Die Vereinten Nationen müssen, wie in der UN-Charta vorgesehen, die Verantwortung für den Frieden und die internationale Sicherheit in der Region übernehmen.

- Der erste Schritt ist das sofortige Ende aller Kampfhandlungen und somit eine Gewaltreduktion in Afghanistan, als Basis um einen Dialog über eine umfassende Friedenslösung, die den Abzug der internationalen Truppen beinhaltet, einzuleiten. Auch ein einseitiger Waffenstillstand, der lokal und regional beginnt, kann Raum für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung schaffen. Bei einem so im Land eingeleiteten Friedensprozess kann auch z.B. der Jirga eine wichtige Rolle zukommen, wenn dafür Sorge getragen wird, dass alle Bevölkerungsgruppen dort vertreten sind und Mitspracherecht erhalten.
- Wir unterstützen zivile selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan. Eine maßgebliche Partizipation der gesamten Bevölkerung ist eine wichtige Voraussetzung für einen friedlichen Entwicklungsweg. Hierbei müssen auch Frauengruppen aktiv einbezogen und gezielt unterstützt werden.
- Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind keine Instrumente der militärischen Aufstandsbekämpfung. Deswegen lehnen wir eine militärisch-zivile Zusammenarbeit ab, die die Unterordnung des zivilen Sektors unter das Militär bedeutet. Hilfsorganisationen sind unabhängige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe und dürfen durch militärisch-zivile Kooperationen weder in Kriegshandlungen hineingezogen werden, noch durch die Konditionierung von staatlichen Hilfsgeldern im Gegenzug für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt oder gefährdet werden.
- Wir wenden uns gegen den politischen Missbrauch von Begriffen wie Frauenrechte / Menschenrechte, menschliche Sicherheit, Responsibility to Protect für die ideologische Absicherung von militärischen Interventionen und Kriegen. Unsere Zusammenarbeit soll daher auch zur Wiederaneignung der humanitären und politischen Begriffe (z.B. Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit) beitragen.
- Friedenspolitik verlangt Nachhaltigkeit. Wir unterstreichen die Zielsetzung, dass die Ursachen von Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung beseitigt werden müssen, um die existentiellen Bedürfnisse der Menschen zu sichern. Entwicklung gelingt nicht durch das Überstülpen fremder westlicher Lebens-, Kultur- und

Wirtschaftsweisen auf andere Länder. Ein nachhaltiger Friedensprozess muss im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stattfinden, da diese universell, unveräußerlich und unteilbar sind. Nur selber und gemeinsam können afghanische Frauen und Männer diesen Prozess tragen und gestalten.

- Frieden in Afghanistan erfordert ein regionales Friedens- und Sicherheitskonzept, das die Nachbarn des leidgeprüften Landes in einen dem KSZE-Prozess vergleichbaren politischen Prozess einbezieht.
- Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung für die Menschen, die aus dem Krieg in Afghanistan geflohen sind. Deshalb fordern wir den Stopp der unsäglichen Abschiebepraxis und ein menschenwürdiges Aufenthaltsrecht.

Dieses Diskussionspapier bedarf einer weiteren Reflektion in den Zusammenhängen der Friedensbewegung und der Entwicklungspolitischen Gruppen sowie einer gemeinsamen Weiterentwicklung in geeigneten Foren. Dazu soll auch diese Konferenz beitragen.